

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: Bernh. Ott, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Heraus aus dem Widerspruch

müssen alle jene Arbeiter und Arbeiterinnen kommen, die heute noch Mitglieder sozialdemokratischer Verbände sind, aber ihrer inneren Überzeugung nach zu uns gehören.

Jedes Mitglied muß in diesem Sinne unermüdet Aufklärungsarbeit verrichten.

Diktatur und Gewalt Herrschaft der Unabhängigen im Deutschen Textilarbeiterverbande.

Eine eigentümliche Welt! Die Gewalt hat Bankrott gemacht. Den allergrößten in der Weltgeschichte! Es macht sich im geistigen Leben eine deutliche Abwendung vom Geiste der Gewalt bemerkbar. Aber ist es nicht sonderbar, daß man in allen Streitfragen immer wieder an die rohe Gewalt appelliert? Und gerade diejenigen, die vorgeben, einzig die Gewalt bekämpfen zu wollen, um sie durch das freie Recht zu ersetzen.

Auch der Deutsche Textilarbeiterverband ist offen in das unabhängig-radikale Lager geschwenkt ist — will angeblich für wahre Freiheit und Demokratie kämpfen. Er hat den Mund allzeit recht voll genommen, wenn es galt, gegen die Gewalt des „Herrn im Hause“ und für die freie Selbstbestimmung der Arbeiter aufzutreten. Umso tiefer trauriger, ja eine Schmach und Schande ist es, daß dieser Verband jetzt durch eine Gewaltpolitik den christlich und kirchlich-underschiedlichen Organisationsparteien ihre Gesinnungsfreiheit rauben will. Die Wirkungen der „Freiheit“ und „Gleichberechtigung“, die die Sozialdemokraten gebracht haben, mußten im ersten Jahre nach Ausbruch der Revolution eine große Anzahl Verbandsmitglieder in einer Reihe von Orten am eigenen Leibe verspüren. Unsere Mitglieder wurden nicht nur von einer aufdringlichen Agitation, sich dem unabhängig-radikalen sozialdemokratischen Deutschen Textilarbeiterverband anzuschließen, beeheligt, sondern, wenn sie aus Überzeugungsgründen diese Zumutung ablehnten, aus den Betrieben ausgestoßen und dem Elend der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Oft genug waren diese Handlungen der unabhängig-radikalen Mitglieder des Deutschen Verbandes von Tätlichkeiten, Beschimpfungen und Mißhandlungen christlich organisierter begleitet.

Hinzu kommt dann noch in neuester Zeit die Ausschaltung unseres Verbandes bei der Bildung der Bezirksgruppe Sachsen der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie. Gegen diese

Vergewaltigung unseres Verbandes,

der zur Zeit über 90000 Mitglieder in Deutschland zählt, davon im Bezirk Sachsen ca. 6000, hat die Verbandsleitung schärfsten Protest erhoben beim Vorstand der Bezirksgruppe Sachsen, beim Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft, beim sächsischen Arbeitsministerium und beim Reichsarbeitsministerium.

Für die ostfälische Textilindustrie wurden im Frühjahr mehrere Tarifverträge zwischen dem Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie zu Chemnitz einerseits und dem Deutschen Textilarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter und dem Gewerbeverein der Textilarbeiter S.-D. andererseits abgeschlossen. Diese Verträge wurden vor einigen Wochen von allen Arbeitnehmerorganisationen ordnungsgemäß gekündigt. Bei Erneuerung der Tarife nahm aber der Deutsche Textilarbeiterverband nur für sich allein das Recht als Vertragskontrahent in Anspruch, obwohl Tausende von Textilarbeitern den anderen Arbeitnehmerorganisationen angeschlossen sind und die Erneuerung dieser Tarifverträge noch am

28. Oktober gemeinsam in Lobau eingeleitet wurde. Obwohl die Satzungen der Zentralarbeitsgemeinschaft einleitend besagen, daß die

Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft

die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges, einträchtiges Zusammenarbeiten verlange, versucht nun der Deutsche Textilarbeiterverband durch Anwendung einer Macht- und Gewaltpolitik das bisherige allseitige und einträchtige Zusammenarbeiten aller Kräfte zu stören. Sein Ziel ist, andere Geistesrichtungen in der deutschen Arbeiterbewegung zu unterdrücken und die Massen der Textilarbeiter in das unabhängig-radikale Joch zu zwingen. Die gleichen Führer, die früher ständig nach Freiheit und Demokratie gerufen haben, suchen jetzt ihren eigenen Arbeitsbrüdern und -Schwestern die Wahl der Organisationsrichtung durch Machtpolitik und Gesinnungsnechtung zu rauben.

Die Arbeitgeber lehnten, bis zur grundsätzlichen Entscheidung dieser Frage durch die zuständigen Instanzen der Arbeitsgemeinschaft für die deutsche Textilindustrie, ein alleiniges Verhandeln mit dem Deutschen Textilarbeiterverband ab. Auch eine am 10. November tagende Verhandlung für die Webereien Ostfachsens mußte aus obigen Gründen abgebrochen werden. Die Arbeitgeber gaben während der Verhandlung nachstehende Erklärung ab:

Die Vertreter der Arbeitgeber haben mit Bedauern festgestellt, daß es wegen der Fristigkeiten, die zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband auf der einen und dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands und dem Gewerbeverein der Textilarbeiter (S. D.) auf der anderen Seite zu verzeichnen sind, heute nicht möglich ist, einen einheitlichen Lohnsatz für die Woll-, Baumwoll-, Leinen-, Halb- und Halbleinen-Webereien der sächsischen Oberlausitz mit den drei beteiligten Gewerkschaften zugleich zu verhandeln und abzuschließen, obwohl früher in dieser Weise verfahren und auch noch am 28. Oktober 1919 die Verhandlung über den erneuten Abschluß des abgeschlossenen — abgelauteten Vertrages auf dieser Grundlage eingeleitet worden ist.

Der zu tätige Vertrag soll nach dem Wunsche der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Arbeitsfrieden in der ostfälischen Weberei sichern und damit ein für beide Vertragsparteien bringendes notwendiges gezieltes Arbeiten ermöglichen. Die Vertreter der Arbeitgeber halten es für sehr fraglich, daß dieses Ziel erreicht werden kann, wenn der bisher von beiden Vertragsparteien als richtig angesehene Standpunkt, daß einheitlich und gemeinsam zu verhandeln ist, aufgegeben wird.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Angelegenheit soll, bevor ein endgültiger Entschluß gefaßt wird, die Gesamtheit der betroffenen Industrie gehört, außer dem mit dem sächsischen Arbeitsministerium ins Benehmen getreten werden.

Die im Deutschen Textilarbeiterverband tonangebenden unabhängig-radikalen Führer scheinen uns die ungeeignetsten Förderer eines Arbeitsfriedens

zu sein. Ist doch noch auf der Sächsischen Landeskonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes am 6. und 7. September 1919 in Leipzig offiziell von der Gauleitung erklärt worden: „Bei Tarifverhandlungen werden wir mit ihnen (gemeint ist unser Verband) nicht zusammengehen und sie immer ausschalten.“ Was kann von unabhängig-radikalen Sozialisten nach der Abgabe einer solchen Erklärung noch zur Sicherung des Arbeitsfriedens erwartet werden? Nichts, nicht das allermindeste.

Bei dem jetzt in Ostfachsen entbrannten Kampf handelt es sich nicht um Lohnfragen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Arbeitgeber sind bereit, wie bisher mit allen drei Arbeitnehmerorganisationen einen gemeinsamen Tarif abzuschließen. Nur durch den überspannten Machtstandpunkt des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind die bisherigen Verhandlungen gescheitert. Dieser trägt allein die Verantwortung für die Verzögerung der Tarifverneuerung. In diesem Kampf von Volksgenossen untereinander trägt nur allein der mitgliederungrige Deutsche Textilarbeiterverband die Schuld. Er trägt allein die Verantwortung, daß Arbeiter in Kämpfe verwickelt werden, die eine Verbitterung zeitigen müssen, die für das so notwendige Zusammenwirken aller im jungen Reich das größte Hindernis bilden.

Zu diesem mit Geistesnechtung verbundenen Nachhunger einer unabhängig-radikalen Verbandsleitung hat sich in einer Anzahl von Orten seit einiger Zeit eine rohe und nackte Brutalität von Freiorganisierten gegenüber unsern Verbandsmitgliedern hinzugesellt. Diese Vorgänge mit Stillschweigen zu übergehen, hieße, unsere Organisation, die wir in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben, leichten Kaufes vernichten zu lassen. Es ist und bleibt

Das traurigste und beschämendste Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

daß freiorganisierte Gewerkschaftler ihren Arbeitskollegen und -Kolleginnen gegenüber roheste Gewalt anwenden, um diese zu zwingen, gegen ihre Überzeugung und Gesinnung einer Organisation beizutreten, die mit fliegenden Fahnen in das unabhängig-radikale Lager geschwenkt ist. Wenn sich die alten Sozialdemokraten daran erinnern, daß sie jahrzehntelang immer die volle Koalitionsfreiheit gefordert haben, dann müssen ihnen die brutalen Gewaltakte freiorganisierter, die wir nachstehend nur kurz anführen können, die Schamröte ins Gesicht treiben.

Im Frühjahr dieses Jahres wurden in Augsburg und noch einigen weiteren bayerischen Ortsgruppen unseres Verbandes über 100 Verbandsmitglieder von den sich in der Mehrheit befindenden Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes außer Brot und Arbeit gebracht. Wer seine Gesinnung nicht verleugnen und nicht zum Deutschen Verband übertreten wollte, wurde aus der Arbeit getrieben. Auf die Arbeitgeber wurde ein gewalttätiger Druck ausgeübt und zum Teil wurden christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen mißhandelt und blutig geschlagen. Selbst die allerschlimmsten und rücksichtslosesten Arbeitgeber haben früher an den Arbeitern nicht so gehandelt, wie Mitglieder des Deutschen Verbandes in Augsburg und an andern Stellen an ihren Arbeitsgenossen, die christlich organisiert waren.

Im August dieses Jahres traten in Guben in der Lausitz Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes in einen Streik, weil die Arbeitgeber sich weigerten, alle Arbeiter zu entlassen, die nicht in den Deutschen Textilarbeiterverband übertreten wollten. Der Beamte Hoffmann des Deutschen Verbandes in Guben hat dieses Vorgehen der Mitglieder seines Verbandes noch unterstützt.

Noch Ende Oktober und Anfangs November dieses Jahres wurde bei den Firmen Hoffmann, Gardinenfabrik in Zwickau, G. F. Thomas Sohn, Filzschiffabrik in Bengelsfeld im Vogtland, Fischer, Maas und Kappaus in Oberlungwitz, Meier in Plauen, J. B. Mayer in Plauen-Reinsdorf, Trifotagenfabrik in Wüstenbrandt und einem Betriebe in Burkhardtshausen von den freiorganisierten Arbeiterausschüssen der Uebertreter unserer Mitglieder zum sozialdemokratischen Verband verlangt. Würden die christlich organisierten Arbeiter nicht übertreten, so müssten sie unter den bestehenden Tariflöhnen entlohnt oder entlassen werden. So lauteten die

Forderungen sozialdemokratischer Arbeiterausschüsse.

In der Spinnerei und Weberei Bamberg wurde am Jahrestag der Revolution von den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten durch einen Anschlag am „schwarzen Brett“ bekannt gegeben, daß alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche der freien Gewerkschaft nicht beitreten, von Montag, den 10. November, ab die Fabrik nicht mehr betreten dürfen. Diese Gewaltmaßnahme ist nur dadurch nicht zur Ausführung gelangt, weil morgens früh zu Beginn der Arbeit ein stärkeres Gendarmereiaufgebot den Fabrikeingang besetzt hielt.

In einem Textilbetriebe in Gdingen in Württemberg konnten zwei Kolleginnen unseres Verbandes eine angenommene neue Arbeitsstelle nicht antreten,

weil die in demselben Betriebe beschäftigten Freiorganisierten sie daran gewalttätig hinderten.
 Doch für heute genug von diesem traurigen Kapitel, welches sich noch erheblich erweitern ließe. Bemerkenswert ist noch, daß die jüngsten brutalen Gewaltakte von Freiorganisierten in Sachsen, wie einwandfrei feststeht, nur darauf zurückzuführen sind, daß eine Vertreterkonferenz des Deutschen Verbandes am 19. Oktober in Redewitz im Vogtland dieses Vorgehen gegen christlich organisierte Arbeiter beschlossen hat. Vom Obmann Fickewitz des Deutschen Verbandes ist dieses bei einer Verhandlung, die am 27. Oktober bei der Firma Thomas in Lengsfeld stattfand, offen zugegeben worden. Damit ist erwiesen, daß

der Deutsche Zertilarbeiterverband ein Mitschuldiger an dem Koalitionsrechtsraub und an dieser Knechtung der Gewissungsfreiheit ist. Er kann darum diese Schuld nicht von sich abwälzen mit der Begründung, daß undisciplinierte Massen auf eigene Faust gehandelt hätten.

Man will die Zugehörigkeit zu einer christlichen Gewerkschaft durch Anwendung brutaler Gewaltmittel unmöglich machen und bestraft die Ausübung politischer Rechte mit wilder Verfolgung und der Verstoßung in das Elend. Das Recht eines jeden, seine Kollegen von der Richtigkeit seiner Anschauung zu überzeugen, wird durch den Artikel 159 der deutschen Reichsverfassung, wonach die Vereinigungsfreiheit für jedermann und für alle Berufe gewährleistet ist, in keiner Weise beschnitten. Unzulässig und verwerflich ist aber nach diesem obersten Gesetze, welches sich die deutsche Nation selbst gegeben, jeder Zwang, jede Bedrückung, um einen Mitarbeiter in eine bestimmte Organisation hineinzuzwingen.

Die hier geschilderten Vorgänge sind nicht nur eine Schande für die Sozialdemokratie, sie sind auch eine Gefahr für das junge Reich. Wir haben endlich den äußeren Frieden, der an uns alle die größten Anforderungen stellt. Was wir jetzt bitten notwendig gebrauchen, ist eine Neuordnung, ein Wiederaufbau im Inneren. Dazu brauchen wir aber auch den inneren Frieden. Nicht den Frieden, der alles gewalttätig vereint und jede freie Meinung ertötet, denn das wäre

der Frieden des Friedhofes.

Jeder soll frei nach seiner Meinung leben können, und die freie Betätigung der Ueberzeugung soll jedem ein Anreiz sein, seine Kraft der Allgemeinheit zu widmen.

Deshalb müssen auch diese Kämpfe, die nur der Ausfluß eines brutalen Machtbünkels sind, ein Ende nehmen. Verschärfen die Freiorganisierten den Kampf, so wird auch von uns die Abwehr noch

entschiedener betrieben werden. Wir werden, wenn es nottut, der Gewalt mit dem Rechte der Notwehr ebenfalls Gewalt entgegensetzen. Unser Ziel ist wahre Demokratie und wirkliche Freiheit. Wenn der Deutsche Zertilarbeiterverband dasselbe will, dann muß er den gewalttätigen und brutalen Neuerungen undemokratischer und freiheitswideriger Herrschgier rasch und gründlich ein Ende machen. Will er das nicht, dann mag er jetzt schon zur Kenntnis nehmen, daß wir nicht gewillt sind, selbst noch dazu mitzuhelfen, die eigenen Sklavketten zu schmieden. Unsere Mitglieder aber, des sind wir gewiß, werden heute mehr denn je die gebieterische Notwendigkeit erkannt haben, daß sie nun erst recht mit freudigem Belenner- und Kampfesmut treu zur Sache der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen und allen Verbandsmitgliedern in den gefährdeten Betrieben sozialdemokratischen Gewaltmaßregeln zum Trotz ihrer Ueberzeugung frei nachleben können.

Das Wichtigste für jedes Mitglied

ist das fleißige Studium des Verbandsorgans, der Besuch der Versammlungen und die Teilnahme an Unterrichtskursen!

Änderung der Reichserwerbslosenfürsorge.

Unter dem 27. Oktober hat der Reichsarbeitsminister eine Verordnung betr. Änderung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 23. April 1919 erlassen, die sofort in Kraft getreten ist. Diese Verordnung besagt:

1. Dem § 4 wird folgender Absatz 3 zugefügt: „Gemeinden oder Gemeindeverbänden, welche die nach dieser Verordnung zulässigen Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung überschreiten, kann die Reichsbeihilfe durch den Reichsminister der Finanzen, die Landesbeihilfe durch die Landeszentralbehörde entzogen werden.“
2. Im § 8 Abs. 2 schließt der dritte Satz mit den Worten „Erwerbslosenfürsorge gewähren“. Die Worte „Beihilfe“ soll im Falle der Beförderung durch die Eisenbahn die Kosten dieser Beförderung nicht übersteigen“ werden gestrichen.
3. Als Abs. 8 wird dem § 9 folgende Vorschrift zugefügt: „Wenn ein Erwerbsloser eine Arbeitshalle annimmt, in der er zu vollem Verdienste erst nach Angewöhnung der erforderlichen Fertigkeit gelangen kann, ist die Gemeinde des letzten Wohnorts berechtigt, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge einen Zuschuß für die Dauer von sechs Wochen zu gewähren, sofern der verdiente Lohn den bisherigen Betrag der Erwerbslosenunterstützung einschließlich der Familienzuschläge nicht um 1,- M. wertmäßig übersteigt. Der Zuschuß darf den Unterschied

zwischen dem Lohne und der um 1,- M. wertmäßig vermehrten Unterstützung nicht überschreiten.“

4. Als Abs. 9, 10 und 11 wird dem § 9 folgende Vorschrift zugefügt:

„In den Orten der Ortsklassen A und B sind die Gemeinden (Gemeindeverbände) ermächtigt, den Erwerbslosen, die das 18. Lebensjahr vollendet und an mindestens 60 Tagen der vorhergehenden drei Monate die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, in der Zeit vom 1. November 1919 bis zum 31. März 1920 aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge eine Winterbeihilfe zu gewähren. Der Monatsbetrag der Beihilfe ist bei Erwerbslosen mit zuschlagberechtigten Familienangehörigen gleich dem vierfachen Tageslohn einschließlich der Familienzuschläge, bei den übrigen Erwerbslosen gleich dem dreifachen Tageslohn der Unterstützung. Die Winterbeihilfe wird monatweise gewährt, sie soll in der Regel in Sachleistungen bestehen

Soweit bei einem Erwerbslosen die Voraussetzungen für die Zahlung der Winterbeihilfe nicht während des ganzen Monats gegeben sind, wird ein entsprechender Bruchteil der Winterbeihilfe gewährt. Für die Bemessung des Bruchteils wird der Monat zu 28 Tagen berechnet.

Die Landeszentralbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann in Fällen besonderen Bedürfnisses zulassen, daß die Winterbeihilfe auch in Orten gewährt wird, die nicht zu den Ortsklassen A oder B gehören.“

Unter § 15 wird folgender § 15 b neu eingefügt:

„Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung von Maßnahmen, die geeignet sind, den Abbau der Erwerbslosenfürsorge zu fördern, Zuschüsse zu bewilligen. Die Zuschüsse bestimmen sich in ihrer Höhe nach der Zahl der Erwerbslosen, die durch diese Maßnahmen der Erwerbslosenfürsorge entzogen und ferngehalten werden. Die Zuschüsse sollen das Einverständnis der Landesregierung vorausgesetzt, nach den Grundätzen des § 4 Abs. 1 auf das Reich, das Land und die Gemeinden oder den Gemeindeverband verteilt werden.“

6. Unter § 16 a wird folgender § 16 a neu eingefügt: „Bei Streitigkeiten zwischen den Trägern der Erwerbslosenfürsorge über die Unterstützungs- oder Erhaltungspflicht entscheidet die Landeszentralbehörde unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig.“

Ausbau des Preussischen Wohnungsministeriums.

Eines der größten Hindernisse für die zeitgemäße Reform unserer Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse in Preußen lag bis vor nicht langer Zeit bekanntlich in der großen Zersplitterung der einschlägigen Befugnisse der Staatsleitung auf sechs oder sieben verschiedene Ministerien. Diesem ungemein lähmenden Zustande ist im Frühjahr 1918 durch Schaffung eines Staatskommissariats für das Wohnungswesen in Preußen, in dem der größte Teil der in Frage kommenden Befugnisse zusammengefaßt wurde, ein Ende gemacht worden. Das Staatskommissariat ist dann im vor kurzem gegründeten Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt

Industrieprobleme.

Wenn neuerdings wieder von verschiedenen Seiten — so unter anderem auch in der hier schon kurz erwähnten im Volksvereinsverlag M.-Glöckner erschienenen Schrift von Dr. Emil van den Boom: „Industriefragen“ — mit besonderem Nachdruck mehr soziale und wirtschaftliche Aufklärung und Schulung der Arbeitermassen gefordert wird, so geschieht das vor allem auch deshalb, um auf diese Weise eine starke Unterlage für die Gemeinschaftsarbeit zwischen Industrie und Arbeitnehmern zu schaffen, wie sie bereits zu Anfang 1918 angebahnt worden und um die Wende 1918/19 in sehr reicher Form gebracht worden ist. Der Verfasser erblickt in einer sorgsam gepflegten und von dem besten Willen aller Beteiligten getragenen industriellen Gemeinschaftsarbeit ein Hauptmittel, um unsere Wirtschaft wieder aufzubauen und die durch Krieg und Revolution zerrütteten Verhältnisse unserer Wirtschaft im allgemeinen und unserer Industrie im besonderen einer allmählichen Gesundung wieder entgegenzuführen. Der Gedanke allseitiger, in tief empfundenen Sachlichkeitsverbundenheit wirkender Gemeinschaftsarbeit ist es, auf den in den Ausführungen immer wieder zurückgegriffen, und der hier in mannigfacher Variation stets wieder in den Vordergrund gerückt wird.

Dabei verdient besonders hervorgehoben zu werden, mit welchem Nachdruck bei allem Bestreben, den neuzeitlichen Ansprüchen der Arbeitnehmer gerecht zu werden, Dr. van den Boom doch für eine möglichst starke Stellung des Unternehmertums sowohl in der Gesamtindustrie wie in einzelnen Betrieben eintritt und mit den mannigfachen höchsten Urteilen aufwartet, wie sie eine vornehmlich sozialistisch orientierte Arbeiterschaft heute hinsichtlich des Unternehmerberufes noch hegt. Dem deutschen Unternehmertum, seinem Vorgesamt, seiner Tatkraft, seinem Dispositionstalent verdankt das Deutschland vor dem Kriege seinen bisher unerhörten Aufstieg. Ganzem Industriezweigen, ganzen Industriegebieten haben führende Industrielle für lange Zeiten hinaus den Stempel ihrer genialen Persönlichkeit unsterblich aufgedrückt. Ueber die stammes- und träge Materie triumphierte die Kraft der genialen, organisatorisch und konstruktiv veranlagten Persönlichkeit: eine Aufgabe, die in einer Zeit, die gerade darauf hinausging, die Persönlichkeit hinter den Massen verdingen zu lassen, nicht stark genug hervorgehoben werden kann. — Und wie auch immer die Wirtschaft der Zukunft aussehen

wird, auch sie wird des kraftvollen, selbstbewußten, wagnütigen Unternehmers und Betriebsleiters nicht entbehren können. Wollen die Arbeiter mehr innerlich am Betrieb teilnehmen und daraus größere Arbeitsfreude und Arbeitslust schöpfen, so muß auch dem Unternehmer in Form der Wahrung seiner Selbständigkeit und seiner Stellung im Betrieb jene Unternehmungslust und die Unternehmungsfreude verbleiben ohne die ein erfolgreiches, ertragbringendes Schaffen nicht möglich ist.

Mit diesem entschiedenen Eintreten für eine starke Unternehmerposition auch in der Wirtschaft der Zukunft verbindet der Verfasser eine ebenso kraftvolle Zurückweisung der Anklagen, die vor dem Kriege gerade seitens mancher der organisierten Unternehmerschaft nahestehende Kreise in übertriebener Form gegen die sogenannten „unerwünschten Folgen“ unserer Sozialpolitik gerichtet und teilweise auch von führenden marxistischen Seiten unterstützt worden sind. Ueber die Berechtigung dieser Kritik läßt sich heute schon soviel sagen, daß unsere Sozialreform für die Beschäftigten des deutschen Volkes und die Durchführung des Krieges von grundlegender Bedeutung war. Sie half durch die auf den verschiedensten Wegen erzielte Gesunderhaltung des deutschen Volkes das Menschenreservoir schaffen, um vier lange Jahre aushalten zu können. Wenn unser Volk die unerhörten Strapazen hat bestehen und Massentoten vollbringen können, die noch nach Menschenalter Ruhm und Heldentätigkeit finden werden, so hat unsere Sozialpolitik daran ihren vollgemessenen Anteil. — Die Sozialreform werden wir in Gestalt von Maßnahmen, die eine Wiederherstellung der durch den Krieg geschwächten Volkskraft und eine allgemeine Gesunderhaltung des Volkes erheben, auch in Zukunft nicht entbehren können. Selbstverständlich unter Berücksichtigung unserer finanziellen Möglichkeiten und auf internationaler Grundlage im Völkerverband. Dazu zwingt uns auch die Eigenart Deutschlands als Industrie- und Handelsland und damit die Notwendigkeit einer hochqualifizierten Arbeiterschaft.

Diese Eigenart unseres Vaterlandes als eines Industrie- und Handelslandes weiß unserm Handel und unserer Industrie zugleich aber auch wieder den Weg auf den Weltmarkt. Unsere Seemannschaft und -ausfuhr betrug im letzten Jahre vor dem Kriege rund 21 Milliarden Mark. Die Eigenart unserer Volkswirtschaft bestand darin, daß wir Rohstoffe aus dem Ausland einführten, sie mit Hilfe einer hochentwickelten Industrie verarbeiteten

und einen bedeutenden Teil der Fertigwaren auf den Weltmarkt warfen. Nur so konnten wir unser 70 Millionen-volk ernähren. Wenn uns auch das Auftreten auf dem Weltmarkt nach dem unglücklichen Kriegsausbruch sehr erschwert sein wird, so müssen wir doch alles daransetzen, hier wieder zur Geltung zu kommen. Leicht wird uns das auch aus dem Grunde, weil uns eine Handelsvertragspolitik, wie wir sie seit 1891 betrieben hatten, nach dem Friedensvertrag für absehbare Zeit verjagt sein wird. Gegenüber dem von einseitigen Vertretern der Exportinteressen gegen unsere bisherige Handelspolitik erhobenen Einwand, daß sie der Fertigungsindustrie nicht genügend Rechnung getragen habe, glaubt der Verfasser denn doch festhalten zu müssen, daß grundsätzlich unsere bisherige Zoll- und Handelsvertragspolitik der deutschen Fertigungs- und Industrieindustrie nicht zum Schaden gewesen ist, wenn man auch in Zweifel ziehen kann, ob das Maß und die Art der Ausnützung der durch den Schutz Zoll geschaffenen Lage, insbesondere durch die Schwerindustrie, klug und glücklich war.“

Für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, wozu auch eine sorgfältige Industrie- und Handelsförderung gehört, legt der Verfasser der Industrie insbesondere nahe, aus ihrer bisher geübten Zurückhaltung vom öffentlichen und parlamentarischen Leben endlich einmal entschieden herauszutreten und eine aktivere Politik zu treiben. Die Industrie muß sich eine Industriellen-Bewegung schaffen, wenn man das Streben der verschiedenen industriellen Vereinigungen und Organisationen, einen geschlossenen Willen im öffentlichen Leben gegenüber der Regierung und den Parteien in die Waagschale zu werfen, so nennen darf. Denn dahin muß es zuletzt doch kommen, wenn die Industrie hier wirklich etwas wiegen will. Sie muß eine Bewegung haben, wie wir eine Agitationsbewegung, eine Arbeiterbewegung besitzen, um die stärksten entwickelten Formen wirtschafts- und handelspolitischer Betätigung hier anzuführen. An den nötigen Bemühungen hierzu hat es auch vor dem Kriege nicht gefehlt. Ja, es hat hier sogar eine Zeit gegeben, wo auf diesem Gebiete mit Hochdruck gearbeitet wurde.“

Hindernis trat da einmal die industrielle Sonderinteressenpolitik dazwischen, sodann auch der Umstand, daß man sich über die Wege einer einheitlichen Politik nicht genügend einig konnte. — Bestehen bleibt da auch heute noch die Warnung vor der Gründung einer etwaigen eigenen Industriepartei. Die Industriellen müssen sich und ihre

liche Front christlich gesinnter Akademiker und christlich gesinnter Angestellten und Arbeiter zu bilden, um so der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in ihrem Kampfe gegen die Herrschaft und den Terror der marxistischen Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen.

Die Orts- und Bezirkskartelle!

Das Generalsekretariat beabsichtigt, zum 1. Januar 1920 ein neues Verzeichnis der gesamten Adressen der christlichen Gewerkschaften herauszugeben. Es ist von größter Wichtigkeit, daß in diesem Verzeichnis alle Kartelladressen lückenlos aufgeführt werden. Da die am Generalsekretariat vorliegenden Angaben über die Kartelle keine vollständigen sind, werden alle Kartelle dringend ersucht, ihre Adressen möglichst umgehend, längstens aber bis 5. Dezember, beim Generalsekretariat in Köln neu anzumelden. Folgende Angaben werden benötigt:

- 1. Name und Sitz des Kartells,
2. Name und Wohnung des Vorsitzenden,
3. Angabe der evtl. Fernsprechnummer des Kartells.
Wo Kartellsekretäre die Geschäfte führen, ist dies besonders anzugeben.

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

hat auch in der letzten Woche sich im großen und ganzen beziebigend gestaltet. Den Seiden- und Wollschaffabreitenden liegen zahlreiche Aufträge vor, welche diesem Zweig auf lange Zeit hinaus Beschäftigung sichern. Ebenso haben sich die Aufträge in der Woll- und Strickwarenindustrie weiter vermehrt. Als bemerkenswert dabei ist hinzuzufügen, daß nicht nur das neutrale Ausland, sondern auch England und selbst Frankreich Kaufofferten gegeben haben. In der Wollweberei genügt die Nachfrage des inländischen Marktes vollständig, um die Fabriken, soweit dies im Rahmen der Rohstoffbeschränkung möglich ist, beschäftigen zu können. Die Preise haben allerdings für alle Wollfabrikate infolge der Aufwärtsbewegung der Wollpreise eine weitere Steigerung erfahren. Dasselbe gilt auch für Baumwollgewebe, da nicht nur amerikanische, sondern auch ägyptische Baumwollen weiter im Preise gestiegen sind. Aus der Seidenindustrie liegen neuere Nachrichten von Belang nicht vor. Die Futtebranche hofft jetzt etwas Rohstoff zu erhalten. In der Besatzungsindustrie hat die Kaufkraft in den letzten Wochen noch weiter zugenommen.

Abwanderung der schweizerischen Stiderei-Industrie nach Deutschland.

Schon vor längerer Zeit haben sich verschiedene schweizerische Stidereifirmen genötigt gesehen, einen Teil ihrer Betriebe nach Osterreich zu verlegen. In der letzten Zeit macht sich auch eine Abwanderung der schweizerischen Stidereiindustrie nach Deutschland geltend. Dies betrifft nicht nur Firmen, welche in Blauen Filialen unterhalten, sondern auch solche, welche jetzt mit der Einrichtung von neuen Betrieben in Württemberg vorgehen, sowohl in Konstanz als auch in Ravensburg haben einige schweizerische Stidereifirmen Filialen errichtet. Ein Beweis dafür, daß schweizerische Stidereifabrikate im Auslande sehr gefragt sind, bietet die Tatsache, daß größere St. Galler Stidereifirmen dazu übergehen, auch in Nordfrankreich und in England Filialen zu errichten. Für die deutsche Stidereiindustrie dürften diese Maßnahmen nicht ohne Interesse sein.

Aus unserer Bewegung.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung des Siegerlandes.

Am Samstag, den 15. November, fand in Wehdorf (Sieg) eine Konferenz der christlichen Gewerkschaftsführer für das Wirtschaftsgebiet des Siegerlandes und der angrenzenden Bezirke statt. Gegenstand der Tagesordnung war die wirtschaftliche Lage der Arbeiter dieser Gebiete, die Lebensmittel- und die Hausbrandversorgung, sowie die daraus entspringenden Aufgaben für die Zukunft.

Der Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften in 13 Verbänden hat zur Zeit 3000 in dem genannten Wirtschaftsgebiet überschritten. Eine Reihe Maßnahmen sowohl für diesen Winter als auch für das kommende Jahr, besonders in der Ernährungs- und Hausbrandfrage, wurden nach eingehender Beratung ins Auge gefaßt. Mit Behörden und landwirtschaftlichen Organisationen soll diesbezüglich in Verbindung getreten werden. Um ein besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen, soll ein christliches Gewerkschaftskartell für den gesamten Bezirk mit dem Sitz in Siegen ab 1. Januar 1920 gegründet werden. Zur Leitung desselben hofft man einen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bekannten, tüchtigen Angestellten zu gewinnen. Dann soll ferner, für den Kreis Altenkirchen sowie für das obere Sauerland und das Dill-Bezirksgebiet je ein Unterkartell gegründet werden unter Leitung eines frei gestellten Beamten. Die Kosten sollen durch Beiträge der Mitglieder gegen Ausgabe von Kartellmarken gedeckt werden. Ein provisorischer Vorstand mit dem Gewerkschaftsbeamten Effert-Wehdorf als Vorsitzenden wurde gewählt, der die nötigen Schritte unternimmt, damit das Kartell am 1. Januar 1920 in Tätigkeit tritt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Spartenfas in der Bamberger Spinnerei. Am Freitag, den 7. November, fand hier im ...

sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Kollege Funke aus München einen sehr interessanten Vortrag über: „Ein Jahr Revolution und die soziale Neuordnung und unser Wirtschaftsleben“ hielt. Für unsere Mitglieder ist hiervon besonderem Interesse was der Referent mit Bezug auf die neuesten Vergewaltigungsbefehle freigeorganisierter Gewerkschaften in der Gauftaet Spinnerei beabsichtigten Mitgliedern ausrichtete. Das Bamberger Volksblatt (Nr. 257 v. 8. 11. 19) berichtet hierüber wie folgt: „In seinem Schlusswort führte Herr Landtagsabgeordneter Funke aus, daß sich die christlichen Gewerkschaften nach der Revolution im Interesse der Sache zur Mitarbeit bereit erklärt und als Dank dafür Schritte erhalten hätten. Radikalisierter Terror gegen die christlich organisierten Arbeiter haben in allen Betrieben eingesetzt. Auch in der Bamberger Spinnerei werden gegenwärtig, wie ihm heute mitgeteilt wurde, die christlich organisierten Arbeiter wieder aufs brutallste terrorisiert. Es wurde ihnen erklärt, daß sie die Spinnerei nicht mehr betreten dürfen, wenn sie nicht innerhalb 14 Tagen zu den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften übergetreten sein sollten. Demgegenüber müsse er in breiter Öffentlichkeit ausprechen: „Wo bleibt der Staatsanwalt, der hier gegen eine solche Brutalität und Vergewaltigung eingreift? (Stürmischer Beifall) Wir können und müssen verlangen, daß die staatsanwaltschaftliche Autorität auch da ein-

Worauf wartest Du?

Nur schwache Menschen warten auf eine Gelegenheit, starke Menschen machen sie. Bietet sich Dir in der Gewerkschaftsbewegung nicht eine günstige Gelegenheit zur Fortbildung?

Dann ergreife sie.

greift, wo sich sozialistischer Terror breit macht. Mit erhobener Stimme ruft Redner in den Saal:

Kollegen und Kolleginnen! Helft Euch gegen diese Vergewaltigung selbst. Ihr seid in Notwehr, und wenn es sein muß, so schlägt in der Abwehr diesen roten Terroristen mit einer Spindel den Schädel ein. Die Lumpen, die den Terror erzeugen, müssen auch dann die Konsequenzen tragen. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.) Wenn man einmal diesem feigen Gesindel kräftig entgegentritt, dann hat man keine Ruhe. In Augsburg hat sich das bewiesen, als die christlich organisierten Arbeiter sich energisch gegen den roten Terror zur Wehr gesetzt hatten. Bamberg ist der letzte Boden, wo sich unsere Mitglieder dem roten Terror gefallen lassen brauchen. Wir verlangen gegen solche Gewalttätigkeiten Schutz, der uns auch im sozialistischen „Freistaat“ gewährt werden muß. (Lebh. Beifall.)

Jüchen. Die am 26. Oktober stattgefundene Versammlung unserer Ortsgruppe war gut besucht. Der Vorsitzende Kollege Jakob Volz, eröffnete dieselbe um 11 Uhr und hieß die Kollegen und Kolleginnen herzlich willkommen. Er erteilte sodann einen kurzen Kassenbericht. Hierauf erteilte er dem Kollegen Jörissen aus Rheidt das Wort zum Referat. Er gab zunächst einen Bericht über unsere Verbands-Generalversammlung. In leicht verständlicher Weise erklärte er die Verhältnisse und Anregungen derselben. Er zeigte den Mitgliedern, wie sie jetzt viel mehr Rechte in der Verwaltung des Verbandes hätten und ermahnte sie, sich zu schulen, damit sie auch jetzt in der Lage seien, zum Wohle des Verbandes mitzuarbeiten. Auch erklärte er das Sozialistengesetz und Betriebsrätegesetz. Er kam auf Arbeitsgemeinschaft und Lärche zu sprechen und widmete besonders der Vertragserhöhung einen großen Teil seiner Rede. Er führte allen die Notwendigkeit und den Nutzen einer starken Verbandskasse vor Augen und forderte alle auf, trotz der Vertragserhöhung neu zum Verbandsbeitrag zu halten, zum eigenen wie zum Nutzen der ganzen Arbeiterklasse. Zuletzt besprach er die hiesigen Verhältnisse und betonte, daß auch hier noch vieles im Argen liege. Zum Schluß der Versammlung wurde Kollege Franken einstimmig zum Kassierer gewählt. Hierauf schloß der Vorsitzende, allen dankend für ihr treues Aushalten, die anregend verlaufene Versammlung lang.

Odenkirchen. Zur Frage der Arbeiterinnenkommissionen. Vor einigen Monaten haben wir hier eine Arbeiterinnen-Kommission gebildet. Eine notwendige und wichtige Einrichtung. Hier wollen nun die Kolleginnen unter sich beraten, wie sie sich in der Organisation betätigen und was sie für den Anbau derselben tun können. Die ersten Sitzungen waren auch ganz gut besucht und sind auch ganz interessant verlaufen. Man mußte sich so vieles Nützliches zu erzählen und die Ausreden wollte gar kein Ende nehmen. Aber bald ist uns der Stoff ausgegangen. Eine Kollegin fragte vor kurzem: „Ja, wie sollen wir uns denn jetzt beschäftigen?“

Wald. Wie man wir zu der Erkenntnis, daß hier etwas fehlt. Jemand, der uns den Weg zeigt, durch all die Schwierigkeiten, der uns vorangeht und uns weitere Anregungen gibt. Unsere freigestellten soll gar nicht idler so mit Arbeit überlastet, daß sie sich beim besten Willen nicht in dem Maße dieser Aufgabe widmen können, wie dies im Interesse unserer Bewegung notwendig wäre. Also müssen wir uns selbst helfen.

Auf unserer Verbands-Generalversammlung in Wehdorf wurde schon angeregt, besondere Arbeiterinnen-Sekretariate zu errichten. Wir fühlen jetzt schon, daß dies für größere Bezirke eine dringende Notwendigkeit ist. Sie würden uns jedenfalls große Dienste leisten können und für unsere ganze Bewegung von großem Vorteil sein.

Weiter soll ja auch das Verbandsorgan die Arbeiterinnenfrage mehr beschäftigen. Umgekehrt müssen wir uns aber auch für das Verbandsorgan mehr interessieren. Was können uns schließlich die Arbeiterinnen-Sekretariate, gut redigierte Verbandsorgane und andere nützliche Einrichtungen innerhalb unseres Verbandes nützen, wenn wir selbst diesen nicht das nötige Interesse und Vertrauen entgegenbringen?

Denn müssen wir uns mal ein Herz fassen und einmal umhören halten in unserer nächsten Umgebung, ob es da nicht genug zu tun gibt für alle Kolleginnen, die den guten Willen haben, in der Agitation und Propaganda mitzuhelfen.

Da sehen wir z. B. wie von Seiten mancher Eltern jugendlich Organisierten den Vertrauensleuten und damit unserem Verbands noch immer Schwierigkeiten gemacht werden. Die guten alten Leute können es halt nicht begreifen, daß auch ihre Kinder heute organisiert sein müssen. Sie glauben, das wäre nur etwas für Erwachsene, die sich auch über ihr Tun und Lassen klar wären. Die Jugendlichen selbst sind halt noch keine unabhängigen Gewerkschafter und können sie insofern ihren Eltern nicht die nötige Erklärung geben. Unsere Vertrauensleute sind leider auch noch nicht überall und alle dazu in der Lage. In unsere Verbandsorgane kommen die alten Leute

auch nicht. Da müssen wir unseren Vertrauensleuten zu Hilfe kommen.

Wir, die Mitglieder der Arbeiterinnen-Kommission, suchen unsere jugendlichen Kolleginnen und können wir uns bei der Gelegenheit in aller Freundschaft mit den Eltern über die Notwendigkeit der Organisation usw. unterhalten. Den jugendlichen Kolleginnen selbst treten wir persönlich näher und können dadurch hier und da vielleicht die eine oder andere als Mitarbeiterin, wenn auch erst für später, für unsere Sache gewinnen. Wir wollen doch nicht allein die Massen, nein auch die Herzen dieser Massen müssen wir für unsere Ideen gewinnen. Man lernt Menschen kennen und Menschenkenntnis ist heute überaus wichtig.

Durch eine solche Hausagitation wird die eigene gewerkschaftliche Schulung gefördert. Man sammelt Erfahrungen und diese werden bei der nächsten Gelegenheit, in der Sitzung der Arbeiterinnen-Kommission, wieder gegenseitig ausgetauscht. So profitieren wir selbst, und das Interesse für die Organisation wird geweckt und gefördert.

Heute erstreckt sich die Agitation nur meistens auf die einzelnen Betriebe. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir in früheren Zeiten durch eine gut vorbereitete Hausagitation manche Erfolge erzielt haben. Dieses alte erprobte Mittel können wir auch heute nicht entbehren; wenn wir wirklich voran kommen wollen, dürfen wir kein Mittel unversucht lassen. Dann brauchen wir uns nicht mehr zu fragen: „Womit sollen wir uns denn noch beschäftigen?“ Paden wir nur einmal herzkraftig zu und wir werden dann haben das angenehme und stolze Bewußtsein treu erfüllter Pflicht. Liebe A.

Besondere Bekanntmachungen.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 49. Wochenbeitrag im Jahre 1919 für die Zeit vom 6. Dezember bis zum 13. Dezember 1919 fällig ist.

Deutsche Arbeit. Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft. Der Bezugspreis durch die Post beträgt vierteljährlich 2,- M.

Das Oktoberheft bringt u. a. folgende lehrreiche Aufsätze: (Franz Ehrhardt) Soziale Gedanken in der Verfassung des Deutschen Reiches, (Dr. Th. Steinbüchel), Zur philosophischen Grundlegung des modernen Sozialismus, (Prof. Dr. Heinrich Diegel) Die Bergleute und die Verbreitung der „Deutschen Arbeit“ verdient die Aufmerksamkeit jeden christlichen Gewerkschaftlers. Sorgen wir dafür, daß unsere Monatschrift zu dem wird, was sie sein soll: ein Wegweiser und Verfechter des christlich-nationalen Gewerkschaftsgedankens.

Briefkasten der Schriftleitung.

Zur Frage der Umwandlung der Lanzluftbarkeiten haben sich auf eine Notiz in der Nr. 47 unseres Organs hin eine Anzahl Mitglieder im Sinne einer Bekämpfung dieser Auswüchse zum Wort gemeldet. Wir können infolge Raummangels unmöglich diese Zuschriften alle veröffentlichen. Dagegen werden wir in der nächsten Nummer noch kurz berichten über eine bedeutende Kundgebung des Vertretertages der rheinischen Provinzialgruppen ehemaliger Kriegsgefangener in dieser Frage. Die ehemaligen Gefangenen legen energisch Verwahrung ein gegen solche „unwürdigen Luftbarkeiten“ und bezeichnen dieselben mit Recht als „eine Gefährlichkeit gegenüber den noch in der Gefangenschaft befindlichen Brüdern und ihren Angehörigen“. Allen Einsendern für ihr reges Interesse vielen Dank.

Versammlungskalender.

- Greifswald. 7. Dezember, 11 Uhr, im Lokale Witwe Hammes, Mitgliederversammlung.
Rheidt. 7. Dezember, 11 Uhr, im Bahnhofshotel (Bahnhofstraße), Arbeiterinnenversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Diktatur und Gewalt Herrschaft der Unabhängigen im Deutschen Textilarbeiterverbande. — Änderung der Reichs-Erwerbslosenfürsorge. — Ausbau des Preussischen Wohnungsministeriums. — Feuilleton: Industrieprobleme. — Städte als Träger der inneren Kolonisation. — Allgemeine Rundschau: Eine abgrundtiefe Korruption bei der Eisenbahn. — Erdrückende Pissern. — Wie die Unabhängigen die Freiheit kassieren! — Kündigung der Arbeitsgemeinschaft in der Metallindustrie. — Studenten und christlich nationale Arbeiterbewegung. — An die Orts- und Bezirkskartelle. — Aus unserer Industrie: Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. — Abwanderung der schweizerischen Stiderei-Industrie nach Deutschland. — Aus unserer Bewegung: Aus der christlichen Arbeiterbewegung des Siegerlandes. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Jüchen. — Odenkirchen. — Besondere Bekanntmachungen. — Briefkasten der Schriftleitung. — Versammlungskalender.